



Westafrikas Vorzeigestaat am Wendepunkt

Im krisengeschüttelten Sahel war der Senegal immer der Garant für demokratische Entwicklung und rechtsstaatlichen Konsens. Die Proteste im Frühjahr haben gezeigt, was im Verborgenen längst für Spannungen sorgte: Der Staat hat das Bildungswesen vernachlässigt, es fehlt an Perspektiven für junge Menschen und an Impulsen für die lokale Wirtschaft. Der Senegal darf seinen Vorsprung in der Region nicht verspielen. **VON DR. KLAUS GRÜTJEN**

DAKAR und andere Städte im Senegal waren ab Ende Februar 2021 der Schauplatz von weitreichenden Unruhen und Protestbewegungen. Vielfach uferten sie aus in Vandalismus, Plünderungen und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Aufständischen und Ordnungskräften. Dies ist ein Novum in dem Land, das seit seiner Unabhängigkeit am 4. April 1960 auf eine bisher ununterbrochene demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung zurückblicken kann und damit als Modell und Symbol des modernen Verfassungsstaates in Westafrika gilt. Wechsel von Staatsführung und Regierung aufgrund demokratischer Wahlen haben sich seit langem als Regel etabliert und begründen eine Tradition in dieser in weiten Teilen krisengeschüttelten Region des Kontinents.

Auslöser der Unruhen war die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Oppositionspolitiker und Parlamentsabgeordneten Ousmane Sonko. Ihm wird vorgeworfen, im Februar die 20-jährige Adji

Sarr, Angestellte eines Massagesalons in Dakar vergewaltigt zu haben. Am Folgetag erhob Adji Sarr eine Anzeige gegen Sonko. Ob diese gravierenden Vorwürfe der Wahrheit entsprechen, ist noch nicht geklärt. Einige inzwischen bekannt gewordene Details des Sachverhalts und seiner Begleitumstände lassen Zweifel an der Wahrfähigkeit des Vortrags der Klägerin aufkommen und erwecken in der Öffentlichkeit den Eindruck einer „Montage“ eines Skandals. Jedenfalls wurde dadurch eine tiefe Krise ausgelöst.

Feindbilder Staat und ausländische Unternehmen

Ousmane Sonko, der bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen im Februar 2019 als Kandidat angetreten war und den dritten Platz belegt hatte, ist inzwischen zum bedeutendsten politischen Konkurrenten des wiedergewählten Präsidenten Macky Sall geworden. Sall, der seine Pläne für eine eventuelle, aufgrund einer Verfassungsän-

derung theoretisch mögliche dritte Wahl 2024 noch nicht offengelegt hat, hatte schon früh seine politische Absicht verkündet, die Opposition kleinzuhalten. Und einige seiner politischen Gegner, wie etwa der frühere Bürgermeister der Hauptstadt Dakar, Khalifa Sall, populärer Politiker der Sozialistischen Partei (Parti Socialiste – PS) und wegen eines Strafverfahrens seines Amtes enthoben, sollten persönlich erfahren, dass der Präsident es nicht bei dieser bloßen Ankündigung belassen würde.

Zu einer Eskalation der Unruhen im Februar führte schließlich eine Serie von Fehlentscheidungen auf den Ebenen der Justiz, der Sicherheitskräfte und vor allem der ihr Handeln bestimmenden Politik. Als Sonko auf dem Weg zum Gericht bei einer Blockade durch seine Anhänger von Spezialkräften der Gendarmerie festgenommen und ihm für mehrere Stunden der Kontakt zu seinen Anwälten verwehrt wurde, brach eine Welle von gewalttätigen Protesten, Brandanschlägen und Plünde-

rungen los. Mehrere Menschen starben. Ousmane Sonko hat seine Anhänger zu keinem Zeitpunkt zu Gewalttaten angestiftet. Allerdings hat er sie dazu aufgerufen, Ungerechtigkeit oder Unterdrückung nicht zu dulden und dies in öffentlichen Demonstrationen und Kundgebungen zum Ausdruck zu bringen. Dem haben nicht nur seine Anhänger Folge geleistet. Gewaltbereite Gruppen haben den Aufruf zum Anlass genommen, um ihren Aggressionen gegen staatliche Institutionen, deren Vertreter und ausländische Unternehmen, vorwiegend französischer Herkunft, freien Lauf zu lassen. Häuser von Politikern der Regierungspartei oder von höheren Justizbeamten gingen in Flammen auf, ebenso Tankstellen der Marke Total oder Supermärkte der ebenfalls französischen Ketten Auchan und Orange.

Sei es aus Ignoranz, aus Fehleinschätzung der Lage und Kräfteverhältnisse oder aus Überheblichkeit – die senegalesische Innenverwaltung und Sicherheitskräfte setzten zunächst auf pure Repression, anstatt eventuell letzte Möglichkeiten und Chancen der Kommunikation, Verständigung und Deeskalation zu nutzen. Anweisungen, wie die des Präfekten von Dakar, die protestierenden Gruppen und Journalisten mit Tränengas zu bekämpfen, gelangten durch die sozialen Medien an die Öffentlichkeit. Dadurch verhärteten sich die Fronten weiter, und der gewaltsame Verlauf der Proteste wurde neu angefacht. Innenminister Antoine Félix Abdoulaye Diome kündigte am 6. März 2021 im Fernsehen an, gegen Gewalttäter und „Terroristen“ weiterhin unerbittlich und mit entschiedener Härte vorzugehen.

Mit Ignoranz und Härte gegen die eigene Bevölkerung

Das gewaltsame Vorgehen der Demonstranten gegen Geschäfte oder Privathäuser ist nicht zu entschuldigen. Aber die Eskalation belegt in trauriger Weise die Unfähigkeit von Regierung und Verwaltung, mit Situationen dieser Art oder dem eigentlich verfassungsrechtlich verbrieften Grundrecht auf Demonstration angemessen um-

zugehen. Bei verantwortungsbewusstem Handeln beider Seiten hätte der Verlauf ein anderer sein können.

Das senegalesische Gesellschaftssystem mit seinen traditionellen Grundfesten der Toleranz und Konsensorientierung steht an einem Wendepunkt, der über seine weitere Zukunft entscheidet. In dieser schwierigen Lage muss sich das gewachsene und gereifte politische und gesellschaftliche System des Senegal beweisen und bewähren. Es steht einerseits vor der Herausforderung, das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz, in die Unparteilichkeit und den Bestand der verfassungsrechtlichen Ordnung mit ihren Grundrechten wiederherzustellen. Andererseits muss die innere Sicherheit und Ordnung gewahrt bleiben, als Grundvoraussetzung für ein gedeihliches Miteinander und für eine stabile, nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Zündstoff: Jugendliche ohne Jobs und Zukunft

Dass Jugendliche an den gewalttätigen Protesten so stark beteiligt waren, bringt tie-



fergehende Probleme ans Licht, denen die senegalesische Staatsführung mit engagierten und glaubwürdigen Programmen und Aktionen begegnen muss.

Hinter den Gewaltakten steht auch eine zunehmende Perspektivlosigkeit der Jugend, die in den vergangenen Jahren auch durch die stetig wachsende Arbeitslosigkeit an Fahrt aufgenommen hat. Diese wiederum geht darauf zurück, dass das Bildungs- und Erziehungswesen in den vergangenen 15 Jahren stark vernachlässigt wurde. Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Probleme erscheinen Ousmane



Sonko und Adji Sarr fast nur noch wie Statisten, und der zu politischen Zwecken genutzte Konflikt scheint ein letzter Zündsatz für viel grundsätzlichere und vielschichtige Konflikte zu sein, die im Senegal schon vor längerem entstanden sind.

Die Partner der Republik Senegal und ihrer Bürger sind gut beraten, die bisher auf die ganze Region ausstrahlende positive Wirkung einer stabilen demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung weiterhin entschieden zu unterstützen, vor allem durch nachhaltige Impulse für die Entwicklung der lokalen Wirtschaft. Hier spielt die gezielte Förderung der schulischen Bildung und Berufsausbildung sowie die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu verantwortungsbewussten Staatsbürgern eine tragende Rolle. Ausbildung und Erziehung waren die Politikbereiche, die die beiden ersten Präsidenten des Senegal,

Léopold Sédar Senghor und Abdou Diouf, besonders gefördert hatten und mit denen das Land einen deutlichen Vorsprung vor den meisten anderen Ländern des Kontinents erworben hatte. Diese Position darf der Senegal nicht verspielen. ●

DR. KLAUS GRÜTJEN

ist Jurist und Experte für Entwicklungszusammenarbeit in West- und Zentralafrika. Seit fünf Jahren repräsentiert er die Hanns-Seidel-Stiftung in der Region Westafrika/Sahel. www.hss.de/weltweit-aktiv/afrika/